

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/75

19. April 1972

Ein konstruktiver deutscher Beitrag

Zur Konferenz für Handel und Entwicklung
in Santiago

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 1 / 29 Zeilen

Wahrgenommene Verantwortung

Woran sich die Geister scheiden

Seite 1a / 29 Zeilen

Vermögenspolitik und Wahlkämpfe

Das Märchen von der "Eigentumsfeindlichkeit"
der SPD

Von Wenzel Bredl MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit
und Sozialordnung

Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Versuchung der Angst

Seite 4 und 6 / 118 Zeilen

Ein konstruktiver deutscher Beitrag

Zur Konferenz für Handel und Entwicklung in Santiago

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die ersten Erklärungen auf der Konferenz in Santiago sind abgegeben. Noch ist nicht abzusehen, welchen Verlauf die Konferenz für Handel und Entwicklung nehmen wird.

Die Rede Karl Schillers, Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, war eine der konstruktivsten. Was die Bundesregierung anzubieten hatte, Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Reform des Weltwährungssystems, Verzicht der Industrieländer auf einen Teil der ihnen zukommenden Sonderziehungsrechte zugunsten der Entwicklungsländer, Überprüfung und Ausweitung der EWG-Präferenzen vom 1. Juli 1971 und schließlich bessere Kreditkonditionen im allgemeinen und für die 25 ärmsten Länder im besonderen, war natürlich weit entfernt von den Forderungen, die von der Gruppe der 77 Entwicklungsländer in Lima aufgestellt worden waren. Aber Schiller hat einen Beitrag geleistet zur Versachlichung der Konferenz, Ansatzpunkte gezeigt, wo praktische Fortschritte möglich sind.

Daß bei der rapide wachsenden Verschuldung der Entwicklungsländer (60 Milliarden Dollar Ende 1970) günstigere Kreditkonditionen nötig sind, steht für die meisten Länder der OECD außer Frage. Es dürfte sich zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland hier nicht alleine steht. Wer heute mit harten Krediten in Entwicklungsländern arbeiten will, wird nicht mehr zurückbezahlt erhalten, sondern nur noch häufiger Umschuldungen erleben. Hier wird nicht der Bundeshaushalt stärker belastet, sondern lediglich die eine oder andere politisch und ökonomisch schwierige Umschuldungsverhandlung vermieden.

Sicherlich wird es Industrieländer geben, die über die Vorschläge der Bundesregierung hinausgehen. Das wird sich zeigen, wenn die kleineren Länder West- und Nordeuropas zu Wort kommen. Aber die Hoffnung ist nicht unrealistisch, daß die deutsche Delegation nicht das Bremserhäuschen in Santiago okkupieren wird.

(-/ex/19.4.1972/ks)

Wahrgenommene Verantwortung

Woran sich die Geister scheiden

In den letzten Jahren der hartbedrängten Weimarer Republik hat es zwei bedeutende, von der ganzen Welt hochgeachtete, mit dem Nobelpreis geehrte Deutsche gegeben, die als Nichtpolitiker den Mut fanden, das deutsche Volk vor dem herannahenden Unheil zu warnen. Sie plädierten für das Gebot der politischen Vernunft und für die Abkehr von nationaler Größenwahn, verkörpert durch die Deutschnationalen und Nationalsozialismus. Thomas Mann und Gerhard Hauptmann blieben damals Einzelgänger. Ihre warnende Stimme fand kein Gehör. Das geistige Deutschland hüllte sich in Schweigen. Es scheute sich, die politische Szene zu betreten, es zog den Elfenbeinturm vor, von dem es aus als Unbeteiligter das politische Getriebe von oben herab betrachtete. Dieses Versagen in politischer Verantwortung, dieses nicht wahrnehmen wollen, was damals an verhängnisvollen Entwicklungen heranreifte, hatte für unser Volk und die Welt schwerwiegende Folgen.

Heute sind wir Zeugen eines erstaunlichen und bedeutungsvollen Vorgangs. Das Für und Wider um die Ostverträge hat nun viele Geister auf den Plan gerufen. Hochangesehene Männer und Frauen, Wissenschaftler, Dichter und Schriftsteller, Theologen und Priester und Wirtschaftsführer, haben Stellung bezogen und ihre Stimme für eine Politik erhoben, für die es keine Alternative gibt. Sie erkennen das Gewicht der geschichtlichen Entscheidung, vor der der Bundestag am 4. Mai steht. Sie können nicht schweigen zur Haltung einer Opposition, die anscheinend jedes Augenmaß für die Möglichkeiten deutscher Politik verloren hat und die aus parteiegoistischen Gründen nun bedenkenlos wild um sich schlägt. Das offene Eintreten dieser Männer und Frauen ist eine wahrhaft nationale Tat, es bringt allen zu Bewußtsein, worum es heute geht und woran sich die Geister scheiden. (ao/ex/19.4.1972/ks)

+ + +

Vermögenspolitik und Wahlkämpfe

Das Märchen von der "Eigentumsfeindlichkeit" der SPD

Von Wenzel Bredl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In allen Wahlkämpfen läßt sich immer wieder beobachten, wie die Agitation der konservativen Parteien die angebliche Eigentumsfeindlichkeit der SPD geschickt zu ihrem Vorteil auszunützen. Schlagworte wie "Verstaatlichung" oder "Sozialisierung" werden gebraucht und damit bei den Wählern ein ganzes Bündel von Emotionen ausgelöst. Andererseits muß ebenso beobachtet werden, daß viele unserer Parteiredner ein hohes Maß von Unsicherheit zeigen, wenn es gilt, sich in Fragen der Vermögenspolitik konkret zu artikulieren.

Wer in die Problematik der skandalös einseitigen Verteilung des Vermögens eingedrungen ist, weiß, wie einfach der Trick ist, mit dem der politische Gegner arbeitet: Es wird der Vermögenswürrwarr benützt, um zu erreichen, daß sich die Besitzer von Geldvermögen (Sparkonto, Bausparvertrag, Pfandbrief) und von Gebrauchsvermögen (Auto, Eigentumswohnung, Einfamilienhaus) einerseits mit den Besitzern von Produktivvermögen (Werkbank, Fabrik, Aktie, Investmentzertifikat) andererseits solidarisieren. Dabei ist am schlimmsten die Tatsache, daß der junge Bürger, der sich Vermögen erhofft, argwöhnt, die SPD würde sein persönliches Ziel mißachten.

Unsere Partei hat es bisher in der Tat versäumt, der Mehrheit der Bevölkerung verständlich zu machen, welche gravierende Unterschiede zwischen Geld- und Gebrauchsvermögen einerseits und Produktivvermögen andererseits, sowohl in ihrer Funktion wie auch in ihrer Finanzierung bestehen. Das brachte sie letztlich in den Geruch der Eigentumsfeindlichkeit, den sie bis heute noch nicht

ganz verloren hat. Und weil diese Unterschiede nicht klar sind, könnte sich die SPD nicht verständlich machen, daß sie mit ihrem politischen Streben, Vermögen und wirtschaftliche Macht gerechter zu verteilen, nur das Produktivvermögen im Auge hat.

Klarheit in der Vermögenspolitik kann nur dann geschaffen werden, wenn es gelingt, von der objektbezogenen Beurteilung der Vermögensarten zur funktionsbezogenen zu kommen. Dann wird die Diskussion, der Wahlkampf und damit die Auseinandersetzung mit dem Gegner leichter. Wenn bewußt wird, daß

Geldvermögen aus Sparen und damit aus Konsumverzicht entsteht und funktional die permanente Existenzangst der Arbeitnehmer mindert,

Gebrauchsvermögen ebenfalls aus dem Sparprozeß stammt und funktional den Lebensstandard oder Lebensgenuß erhöht, hingegen aber

Produktivvermögen einmal finanziert wird letztlich immer vom Konsumenten und zum anderen funktional die Quelle für die Abhängigkeits- und Machtstrukturen in der Wirtschaft und Gesellschaft ist,

wird die Bereitschaft wachsen, der Vermögenspolitik den richtigen Stellenwert zu verschaffen und gelingen, den Solidarisierungseffekt der vielen Armen mit den wenigen Reichen und Superreichen zu beseitigen. Dann können die Konservativen in der Vermögenspolitik nicht mehr im Trüben fischen.

(-/ex/19.4.1972/ks)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Versuchung der Angst

Nach dem Willen des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages "nur ihrem Gewissen unterworfen". Auf dem Weg zur Entscheidung über die Ostverträge wird diese Verpflichtung wieder von allen Seiten lebhaft in Erinnerung gerufen, obwohl eigentlich niemand so recht daran zu glauben vermag. Die Fraktionen versichern, daß sie keinerlei Zwang ausüben. Die Opposition beteuert, daß alle ihre Abgeordneten aus Gewissensgründen Nein sagen.

Dem nachdenklichen Beobachter der Bonner Szenerie und der Wahlreden fällt es allerdings schwer, aus den täglich sich steigern- den Kampfansagen noch die lautere Stimme persönlicher Gewissensurteile herauszuhören. Das Gewissen scheint sich vielmehr dem Druck des Kollektivs einzufügen und sich dessen Interessen zu unterwerfen. Anders wäre es kaum zu verstehen, daß sich zum Beispiel in der Opposition alle Abgeordneten bis zum letzten "Protestanten" auf ein unerbittliches Nein geeinigt haben sollen, obwohl man eigentlich annehmen möchte, daß sich dort wenigstens einige Besonnene finden, deren Gewissen mehr für ein Ja plädieren würde. Daß andererseits aus der Koalitionsfraktion einige Abtrünnige ausbrachen oder mit ihrer letzten Entscheidung noch kämpfen, hat zwar der Gewissensdimension wieder Aktualität verliehen, aber zugleich mag gerade darin auch eine Überforderung des Gewissensmandats erkennbar werden.

Die Diskussion über die Ostverträge ist unter den obwaltenden Umständen in ein Dilemma hineingetrieben worden, das eine rursachliche Entscheidung kaum mehr erlaubt: Die Stimme des Gewissens wurde durch das Gesetz der Macht überrollt. Die parlamentarische Opposition sieht sich schon deshalb veranlaßt, jetzt unzweifel- hafte Geschlossenheit zu proklamieren, weil unglücklicherweise das Votum zu den Verträgen gleichbedeutend wurde mit der Ent- scheidung über die Weiterexistenz der Regierung. Es ist natürlich

ihr demokratisches Recht, jede Gelegenheit zu suchen und wahrzunehmen, um die Regierung zu stürzen und selbst an die Macht zu kommen. Nachdem die Koalition selbst ihr ganzes Prestige und schließlich auch ihre Existenz in die Waagschale der Vertragsgescheidung geworfen hatte, konnte die Opposition kaum umhin, unter diesem Thema die entscheidende Machtprobe zu inszenieren. Es dürfte in den Augen seiner Partei sogar als das entscheidende Verdienst Dr. Barzels gewertet werden, daß er seine disparate Fraktion unter dieser Farole zusammenzuzwingen vermochte.

Indessen verlangt gerade diese fatale Verquickung von Gewissen und Macht eine energische Kritik. Denn schließlich steht der Bundestag am 4. Mai vor einer Entscheidung, die viel zu gewichtig und viel zu einschneidend ist, als daß sie nur dem Interessenspiel der Parteipolitik ausgeliefert sein dürfte.

Es müßte eigentlich jedem einsichtig geworden sein, daß dabei Weichen gestellt werden, die das Schicksal unseres Staates bis in die nächste Generation bestimmen können. Wer sich dabei zu einem Nein entschließt, kann damit zwar seiner Partei zu einem momentanen Sieg verhelfen; er wird aber seiner Nation eine schwerwiegende Niederlage einbringen. Es ist zwar gewiß die Pflicht der Opposition, ihre Bedenken hartnäckig ins Feld zu führen (und diese Taktik wurde auch durch einige entsprechende Konzessionen der Russen gerechtfertigt), aber wenn es zum letzten Stechen kommt, müßte sich auch ihr Gewissen letztlich an der Staatsraison orientieren.

Nun hebt die Gegenargumentation mit Vorliebe auf die "nationalen Interessen" ab, und sofern sie damit die deutschen Rechtsstandpunkte respektiert wissen will, mag sie eine legitime Aufgabe verfolgen. Sofern sie sich jedoch darin erschöpft, verleugnet sie die wesentlichste Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist: die Folgen des von uns verlorenen Krieges bis in seine letzten Konsequenzen auf sich zu nehmen und auszuräumen. Wie auch immer man über die Verhandlungstaktik und auch die Motivation der Bundesregierung urteilen will, so muß man ihr doch einräumen, daß sie mit ihrem Weg nach Moskau und Warschau eine tapfere und würdige Entscheidung gefällt hat. Daß sie aus der gesamten Welt dafür eine so lebhafteste Zustimmung erfuhr, sollte uns bewußt machen, wie dringend man überall auf eine solche Bereinigung gewartet hatte. Wenn sich nun gerade mit dem Namen Deutschland in so konkreter Weise der Begriff "Friedenspolitik" verbindet, dann bedeutet dies im Bewußtsein der Welt zweifellos eine grundlegende Revision des bisherigen Deutschlandbildes.

Auch wenn die Erklärung des Rats der EKD zu diesem Problem verständlicherweise mit vorsichtiger Abgewogenheit formuliert ist, hat sie doch dadurch einen wichtigen Akzent in die Diskussion eingebracht, daß sie alle Politiker "ermutigt", "den Weg der Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn, den die evangelische Kirche

seit langem bewußt beschritten hat, "nach vorn zu gehen". Der Rat hat damit noch einmal an die Ostdenkschrift von 1965 angeknüpft, und er kann mit Recht davon ausgehen, daß das unerwartet starke Echo auf den damaligen Vorstoß den entscheidenden Durchbruch für die heutige Ostpolitik bewirkt hat. Der deutsche Protestantismus jedenfalls hat sich damit eine Selbstverpflichtung auferlegt, die dem Gedanken der Versöhnung den Primat zuspricht, und insofern liegt die gegenwärtige Entspannungspolitik durchaus in dieser Perspektive.

Eine theologische Begründung, wie sie Heinz Zahnt im "Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" unter der Formel "Glauben aus Verzicht" versuchte, dürfte allerdings in einer zu kurzschlüssigen Weise den Gehorsam des Glaubens und den Geist der Politik miteinander verquicken. Wenn aber die Ratserklärung dazu auffordert, den Weg der Versöhnung "nach vorn" zu gehen, dann hat sie damit in das politische Denken einen entscheidenden christlich begründbaren Akzent eingebracht: Es ist eine Politik zu verwerfen, die sich in erster Linie an verlorengegangenen Positionen festkrallt und den östlichen Verhandlungspartner auf unzumutbare Zugeständnisse festlegen will; es ist dagegen zu erwarten, daß für die Entspannung (und damit die Versöhnung) nach vorn weisende Lösungen eingebracht werden und daß dieser Weg mit Mut gegangen wird.

Wenn man bedenkt, daß die Argumente gegen die Ostverträge sich immer mehr auf angstvolle Prognosen für die Zukunft zuspitzen, dann erhält die Ratserklärung ein besonderes Gewicht. Gewiß ist es die Aufgabe verantwortlicher Politik, mögliche Risiken nüchtern und sorgsam zu bedenken, aber dabei scheint sich nun die Versuchung auszubreiten, die Angst im Volk als entscheidende Waffe gegen die Ostverträge zu mobilisieren. Wenn sich dabei die tiefeingewurzelte Kommunistenfurcht mit nationalistischen Ressentiments verbindet, gerät unser politisches Denken in eine so hoffnungslose Sackgasse, daß wir dann wahrscheinlich wieder zwischen allen Stühlen der Weltpolitik sitzen würden.

Wenn schon das Gewissen der Abgeordneten bei dieser Entscheidung in besonderer Weise angesprochen ist, dann darf es sich weder vom Terror der Angst noch von der Versuchung der Macht blenden und korrumpieren lassen. Daß ein Nein den Frieden in Europa gewiß nicht fördern, sondern viel eher gefährden würde, müßte inzwischen jedenfalls einem verantwortungsbewußten Vertragsgegner deutlich geworden sein. Auch wenn die Verträge nur kleine Fortschritte für den Frieden bringen mögen, so ist doch der kleinste Schritt nach vorn mehr wert als die Alternative: der Rückschritt in den Kalten Krieg.

(E.St./ex/19.4.1972/ks)

("Evangelische Kommentare"/April 1972/Nummer 4/5. Jahrgang)